

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 3-02/19

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Augen zu und durch? Et hätt noch immer jud jejangen? Oder?

"Fridays for Future" und Dienstags oder Samstags nicht?

Am 22. März gab es auch in Mülheim die erste Schülerdemo für eine bessere Klimapolitik. Die Grünen beantragten im Rat eine generelle Entschuldigung bei Schule schwänzen für „Fridays for Future“. Mal abgesehen, davon, dass der Rat das nicht beschließen kann ... Die Grünen-affine lokale WAZ fragte: „*Dürfen Schüler in den Streik treten, um für eine bessere Klimapolitik zu demonstrieren? ... Kaum ein Thema wird dieser Tage landauf, landab mehr diskutiert. Der Nachwuchs will sich ein Gehör verschaffen, damit wir Erwachsenen ihm tunlichst eine Welt hinterlassen, in der es sich leben lässt, in die die Jugend von heute selbst noch mit gutem Gefühl Nachwuchs setzen wird können.*“ Aus dem WAZ-**"Kommentar zum Friday for Future: Liebe Schüler! Rüttelt uns wach!"** Derweil wurde das Schwedenmädel Greta als Initiatorin der Freitagsdemos sogar für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen und in Schweden bereits zur Frau des Jahres erkoren. Eine wirklich hypersteile Karriere.

Grundsteuer: Offenbach sogar noch dreister als Mülheim!



KEIN TROST FÜR MÜLHEIM: "NUR" NOCH PLATZ 2 beim Abzocken seiner Bürger! In Offenbach beschloss der Stadtrat nun die Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B von 600 auf 995 Prozent. Und der dickste Hammer bzgl. der Grundsteuer kommt noch, wenn Bund und Länder die Berechnung der Einheitswerte gezwungenermaßen dieses Jahr noch ändern müssen! Dann sind nicht wenige Bürger in Abzockerstädten wie Offenbach und Mülheim richtig in den A... gekniffen! Alleine deshalb sind solche **exorbitanten Erhöhungen der Hebesätze wie in den beiden Städten auch noch zu diesem Zeitpunkt hochgradig unverantwortlich!**

Auch in Offenbach konnten massive Bürgerproteste den Rat nicht umstimmen. Dabei bekommen die Hauptbetroffenen, die Mieter, das z.T. erst mit der nächsten Nebenkostenabrechnung voll zu spüren. In Rat und Verwaltung der Pleitestadt MH glaubt man anscheinend, trotz der großen Proteste könne man einfach weitermachen. Das wird ein böses Erwachen bei den Kommunalwahlen bringen! **Demokratie, quo vadis?**

Deutsche Konjunktur schwächelt zusehends!

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in keiner guten Verfassung. In einem internen Vermerk des Finanzministeriums rechnet die Bundesregierung "nur noch mit 0,8 Prozent Wachstum". Und es könnte noch schlimmer kommen. Angesichts der aktuellen Daten sehen die Beamten von Vizekanzler Scholz weitere "Abwärtsrisiken". Im Januar war die Regierung noch von 1,0 Prozent Wachstum ausgegangen. Brexit, Handelskrieg, Konjunkturabkühlung in China - das deutsche Exportmodell gerät mächtig unter Druck. Angesichts dieser Prognose ist es höchst unverständlich, wie die SPD fast im Tagesrhythmus neue Ideen für Wahlgeschenke und Konjunkturimpulse entwickelt. Nach den milliarden-schweren Plänen für eine Sozialstaatsreform hat Arbeitsminister Heil (SPD) jetzt eine Erhöhung des Taschengelds für Asylbewerber ins Spiel gebracht. Abgesehen davon, dass Deutschland schon heute mit die höchsten Sozialleistungen in Europa zahlt, sollten die Sozialdemokraten endlich der ökonomischen Wirklichkeit ins Auge sehen. Die Zeit für zweifelhafte Sozialprogramme läuft ab! Kurzarbeit in Mülheimer Industriebetrieben sind deutliche Krisenvorboten!

Auf den folgenden Seiten:

- „Verkehrschao zwischen Rhein und Ruhr – Kein Konzept für Bus und Bahn, nur Kirchturmspolitik“.... S.2
 - Ex-Dezernent Ernst: Die "großen Fußstapfen" eines Totengräbers der Stadt Mülheim S. 3
 - Der Mülheimer Holzhaus-Skandal für Flüchtlingsunterkünfte S. 3
 - VHS-Bürgerbegehren für eine bessere Volkshochschul-Zukunft mit deutlichem Zwischenerfolg!..... S.4
- Einlegeblatt:** Die Mülheimer Rathaussaga als Serie von Geldverschwendung und Gesetzesbrüchen

„Verkehrschao zwischen Rhein und Ruhr – Kein Konzept für Bus und Bahn“

Beitrag vom 13.3.19 im ZDF in Frontal 21

Weiter unten daraus das Interview mit dem ex-WAZ-Chefredakteur und darunter noch einige Beispiele von den hohen Gehältern von ÖPNV-Chefs im Ruhrgebiet. Dieser Beitrag zum miserablen ÖPNV im Ruhrgebiet bzw. in der Metropole Ruhr wiederholt genau das, was die MBI seit über 10 Jahren immer wieder bemängeln. Seit Jahren fordern wir, dass die fatale Kirchturmspolitik im ÖPNV beendet werden muss, weil sehr teuer und gleichzeitig wenig effektiv, solange jede Teilstadt nur ihr eigenes Süppchen kocht. Eine Verkehrswende, bei der zukünftig mehr als die im Bericht genannten heutigen nur 10% der Pendler in der 5-Mio-Metropole Ruhrgebiet befördern werden müssen, wird nie und nimmer gelingen, wenn die 13 Einzel-Verkehrsgesellschaften nicht endlich fusioniert werden und nur ein einziger für alle gültiger Nahverkehrsplan erstellt wird.



Von sich aus werden die Kirchtürme das nicht tun. Meoline, VIA waren 2 zuletzt gescheiterte, ausgesprochen halbherzige Kooperationsversuche im westlichen Ruhrgebiet (DU+E+MH+OB) mit bereits über 1,5 Mio. Einwohnern. Erst Oberhausen und dann Duisburg stiegen aus. Auch die Ruhrbahn, als gemeinsame Gesellschaft nun nur noch von Essen und Mülheim ist nix Ganzes und nix Halbes (außer bei den erhöhten Chefgehältern für Feller und den Mülheimer ex-Kämmerer Bonan“opulos“!).

Mülheim als kleine Großstadt mittendrin hat dabei selbst im Ruhrgebietsvergleich den wohl teuersten und gleichzeitig ineffektivsten öffentlichen Nahverkehr. Seit Jahren drehen sich nahezu alle Mülheimer ÖPNV-Diskussionen im Kreise mit Orgien von Gutachten für sehr viel Geld, alle mehr oder weniger für den Papierkorb. Zukunftsträchtige Überlegungen für die notwendige Verkehrswende sind dagegen noch nicht in Sicht!

Landesregierung muss den Zusammenschluss der ÖPNV-Gesellschaften des Ruhrgebiets aktiv forcieren!

Kurzum: Es sind längst Binsenweisheiten, dass 1.) die Zersplitterung des ÖPNV im Ruhrgebiet ein wesentlicher Standortnachteil ist und 2.) dass die vorherrschende Kirchturmspolitik von allesamt hoch verschuldeten Teilstädten die überfällige Fusion der diversen Nahverkehrsgesellschaften verhindert, soweit und solange nur möglich.

Deshalb kann und wird eine wirkliche Verbesserung nur möglich sein, wenn die Landesregierung die Initiative aktiv in die Hand nimmt. Mülheim z.B. als heillos überschuldetes Städtchen mittendrin mit einem desolaten ÖPNV könnte und sollte dem Land signalisieren, dass man bereit ist, und zwar jetzt und nicht erst auf St. Nimmerlein. Dazu hatten die MBI Mitte 2018 erneut einen Antrag für Mobilitätsausschuss und Rat gestellt. Doch der Ausschuss weigerte sich, darüber abzustimmen und im Rat wurde der Antrag gleich von der TO verbannt!

O-Ton Uwe Knüpfer, Journalist und ex-Chefredakteur der WAZ, in dem Frontal21-Bericht:

„Ja, je mehr Verkehrsgesellschaften, umso mehr Posten, Vorstände, Aufsichtsgremien, die zu verteilen sind. Das sind nahezu die letzten Pfründen, die die Parteien in den maroden, klammen Ruhrgebietsstädten zu vergeben haben. Darauf will man nicht verzichten. Man bräuchte im Grunde eine Verkehrsgesellschaft fürs ganze Ruhrgebiet – so wie in Berlin die BVG oder die Wiener Linien in Wien, aber das wird von den Parteien, die diese Posten gerne besetzen wollen, seit Jahrzehnten verhindert.“

Und tatsächlich, es lohnt sich, Chef eines städtischen Verkehrsbetriebs zu sein. Beispiele:

- ◆ Andreas Kerber, Vorstand der Bogestra in Bochum und Gelsenkirchen erhielt 2017 – 295.313 Euro Gehalt plus 236.975 Euro Altersvorsorge.
- ◆ Guntram Pehlke, Chef der Dortmunder Stadtwerke und Verkehrsgesellschaft DSW 21 kassierte 522.000 Euro, hinzu kamen nur für 2017 Rückstellungen für die Altersvorsorge von 706.000 Euro
- ◆ Marcus Wittig, in der Pleitestadt Duisburg Chef der Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft, 547.040 Euro Gehalt, “ Von der dreisten Bonan-Geschichte ganz zu schweigen!

Die "großen Fußstapfen" eines Totengräbers der Stadt MH

"Mit Uli Ernst verlieren wir einen Dezernenten, der große Fußstapfen hinterlassen wird," so OB Scholten im Rat am 14.2.19. Mit seiner Arbeit habe Ernst „in einer Liga gespielt, die ihresgleichen sucht“

Das sagte also der OB, dessen sozialdemokratischer „Kollege“ aus dem Verwaltungsvorstand der bankrotten Stadt Mülheim zusammen mit dem anderen SPD-„Kollegen“ Mendack vor nur 9 Monaten öffentlich eine große Kampagne zum Absägen „seines“ OB maßgeblich mit inszeniert und losgetreten hat. Mit überschwänglichen Lobeshymnen wurde der Mann mit „den großen Fußstapfen“ nicht nur in Rat und diversen Ausschüssen verabschiedet, sondern auch mit verschiedenen großen äußerst wohlwollenden Artikeln in den lokalen WAZ-Medien. Ein Kommentar von einem Wadamaha unter dem WAZ-Artikel vom 26. Feb. „Scheidender Dezernent hätte gerne Schule eröffnet“ geht so:

"Die im Artikel angedeutete "Leistungsbilanz" bedarf aber dringend folgender Ergänzungen: Jahrelange Ignoranz der maroden baulichen/technischen Substanz an Schulen und Schwimmbädern. Mit die höchsten Kita-Beiträge NRW-weit. Ein auch in Fachkreisen äußerst umstrittenes, pädagogisches Kita-Konzept (EEC). Alles und jedes musste evaluiert werden (äußerst lukratives Betätigungsfeld für Gutachter). Ständiges Kreieren vermeintlicher Bedarfe in der „Soziallandschaft“ für teures Bürgergeld. Herumtricksen bei der VHS. Millionendesaster bei den Flüchtlingsunterkünften. Festhalten an den heiligen Kühen (z. B. Theater). Den eigenen Chef absägen wollen. Ganz zu schweigen von den Zeiten als rechter Hand der „Schuldenkönigin“ Daggy. Da kommen sicher auch noch ein paar Milliönchen zusammen"

In der Ratssitzung, als er so hochgelobt verabschiedet wurde, war der Hauptpunkt die wucherartige Erhöhung der Grundsteuer B um sage und schreibe 39%, auch wegen der riesigen Demo dagegen vor der Ratssitzung. Wenn seine Mülheimer SPD derart am Boden liegt, dass sie nicht einmal mehr den SPD-Kandidaten für die Nachfolge des SPD-Dezernenten Ernst durchbekommen konnte, so ist das übrigens auch ein Mitverdient des hochgelobten Totengräbers mit den großen Fußstapfen. **Doch der Niedergang der MH-SPD ist nebensächlich im Vergleich zu dem finanziellen und städtebaulichen Desaster, das über 2 Jahrzehnte im eigentlich reichen Mülheim angerichtet wurde. Und immer war Herr Ernst an vorderster Stelle beteiligt.**

Kurz einige fast vergessene Stationen seines „Lebenswerks“:

Ernst studierte Sozialwissenschaften, Geschichte und Philosophie. Seine Berufskarriere begann in der Mülheimer VHS, an der er für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zuständig war. Ende 99 wurde er persönlicher Co-Referent des CDU-OB Baganz neben dem CDU-Mann Dehm. Die kurze Baganz-Ära war die Zeit eines regelrechten Ausverkaufsräuschs in Mülheim/Ruhr: Dem vergaberechtswidrigen Verkauf von Müllabfuhr und Straßenreinigung an die Skandalfirma Trienekens folgte der Verkauf der Anteile des RWW an das RWE mit Aufgabe selbst der Sperrminorität und gegen alle Wettbewerbsregeln. Dieses größte Geschäft der Stadtgeschichte verlief so unsauber, dass Baganz danach urplötzlich abdankte, auch weil die Dauergutachterin gleichzeitig seine Geliebte und schwanger von ihm war. Nichts wurde aufgeklärt, Baganz wurde Staatssekretär. Frau Mühlenfeld (SPD) wurde



2003 als neue OB gewählt mit Herrn Ernst als einzigem persönlichen Referenten. Das folgende Jahrzehnt war geprägt von der Umsetzung des schwindsüchtigen „Strategie“projekt Ruhrbania, d.h. die gesamte Innenstadt umzukrempeln, koste es was es wolle. Das war finanziell hochgradig ruinös und städtebaulich zerstörerisch für die Innenstadt, die Verkehrsführung usw.. Gleichzeitig wurden weitere Privatisierungsvorhaben von Baganz/Jasper nun unter der SPD-OB und ihrem Referenten umgesetzt, von der Privatisierung auch des Abwasserbetriebes über die Ausgliederung von Beteiligungsgesellschaften in die BHM inkl. der Übertragung der RWE-Aktien. Hinzu kamen etliche PPP-Projekte wie Medienhaus, Feuerwehr, Schulen, Rathaus usw..

2008 stieg Herr Ernst vom OB-Referenten zum Sozialdezernenten auf. Die Ausschreibung war eine geldverschwenderische Farce, weil nur Ernst das werden durfte. **Als OB-Referent folgte auf ihn dann Mendack aus dem Personalamt, der heutige Kämmerer.**

Als Dezernent konzentrierte sich Herr Ernst in der Folge auf Frau Mühlenfelds Steckenpferd, die zukunftslose "Zukunftsschule" an der Bruchstraße mit separatem Bildungsbüro nur dafür etc.. Die Zukunftsschule starb, GmbH's aus dem Imperium Ernst versumpften in schweren Finanz- und Korruptionsskandalen wie die JSG mit Brenekamp sowie die Senioreneinrichtungs-GmbH mit Mühlenbeck und danach Rinas. Der zuständige Dezernent wurde aber bei all dem öffentlich ganz außen vor gelassen, warum auch immer. Ähnlich bei den Unregelmäßigkeiten, gelinde gesagt, beim Ringlokschuppen, der Fast-Ausbootung des Cafe del Sol neben dem Theater an der Ruhr und anderen Beispielen aus jedem der Ernst-Ressorts. **" Meisterstücke" von Ernst waren aber die wiederholten Versuche der VHS-Zerstörung und die extrem kostspielige Flüchtlingspolitik!**

VHS-Bürgerbegehren für eine bessere Volkshochschul-Zukunft für die Bürger (das Volk) mit deutlichem Zwischenerfolg!

Der VHS-Skandal – Neueste Entwicklungen mit besseren Erfolgsaussichten zum VHS-Erhalt!

Am 18. Sept. 2017 (in der Woche der Bundestagswahl!) wurde die beliebte und gut funktionierende Mülheimer VHS am MüGa-Rand überfallartig geräumt wegen angeblich neu entdeckten Brandschutzmängeln (die aber alle seit Jahren bekannt waren inkl. des ausführlichen Maßnahmenkonzeptes von 2012!). Über 5000 Kursteilnehmer und ca. 200 Dozenten standen jäh im Regen und nur ein Bruchteil der Kurse wurde in



„Notunterkünften“ weiter geführt. Im Feb. 2018 mietete die Stadt das einstige AEG-Gebäude an der Aktienstr. (Hauptverkehrsader) als Interims-VHS für 5 Jahre an. Dieses musste noch für VHS umgebaut werden und dient nun als deutlich verkleinerte Ersatz-VHS. **Das für viel Geld der bankrotten Stadt angemietete VHS-„Ersatz“gebäude an der Aktienstraße ist aber wenig geeignet als VHS und eine wirkliche Zumutung, wenn man zentrale VHS-Aufgaben wie Integration und Weiterbildung ernst nimmt!**

Gerade in Zeiten von großer Zuwanderung aus aller Herren Länder und riesiger neuer Herausforderungen für Weiterbildung wegen der Digitalisierung braucht eine Stadt eine funktionierende Volkshochschule in einem dafür förderlichen Gebäude so dringend wie nicht mehr seit Jahrzehnten! Dem bedrohlichen Auseinanderfallen der Stadt in diverse Parallelgesellschaften und dem drohenden Abhängen ganzer Bevölkerungsgruppen durch die Globalisierung und Digitalisierung muss eine Stadt aktiv entgegenwirken können.



Im März 2018 reichte die BI „Erhalt unserer VHS in der MüGa“ den Text für ein vorbeugendes Bürgerbegehren bei der Stadt ein, damit diese wie vorgeschrieben eine Kostenschätzung dafür einfügte. Im Mai begann die Unterschriftensammlung und Anfang Juli waren bereits 11.000 zusammen, 6600 wären nötig gewesen. Im Rat am 30.8.18 stimmte die Ratsmehrheit für Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens, weil nach Meinung des Rechtsdezernenten kassatorisch und nicht vorbeugend. Im Okt. reichte die BI Klage gegen die Ratsentscheidung ein, die nun am 25. März beim Verwaltungsgericht Düsseldorf verhandelt wurde.

Das Gericht bestätigte voll inhaltlich die Position der BI und erwirkte die Übereinkunft, dass der fällige Bürgerentscheid nicht sofort angegangen wird, sondern nur bis zum 31.10.2019 durchgeführt wird., falls das städtische Gutachten zu den Standortalternativen die VHS in der MüGa nicht als günstigste Variante vorsieht. Die Stadt sagte zu, das fällige Gutachten mindestens zur Einsichtnahme nach Vorlage im Juni bereitzustellen, wenn rechtlich möglich auch ins Internet zu stellen. **Da die Stadt alle Kosten des Gerichtsverfahrens tragen muss, hat die BI bereits genug Geld, um im Falle des Bürgerentscheids einen aktiven „Wahlkampf“ führen zu können, denn die Spendenbereitschaft vieler Mülheimer Bürger war so groß, dass man theoretisch auch in die 2. Instanz hätte gehen können.**

Das Bürgerbegehren als Notbremse gegen die Zerstörung des VHS-Denkmal zum Zwecke der Vermarktung des hochattraktiven Geländes am MüGa-Rand konnte die Stadt nicht daran hindern, ein weiteres teures, überflüssiges Gutachten in Auftrag zu geben (wovon es in den letzten Jahren etliche gab, alleine 5 zum ÖPNV, alle für den Papierkorb). Es soll der Stadt dagegen untersagen, das VHS-Grundstück verschern zu wollen. Ferner will das Bürgerbegehren erreichen, dass „die Stadt“ ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachkommt, das einzigartige Denkmal, das die VHS in der MüGa laut Expertise der LVR-Denkmalbehörde darstellt, zu erhalten. In überzeugender Weise beschreibt diese Expertise, dass dieses architektonisch gelungene Bauwerk auch fast optimal in seiner Funktionalität als Volkshochschule und zusätzlich vorbildlicher Bereitstellung auch von Möglichkeiten für die Stärkung von Demokratie und Identifikation mit der Heimatstadt darstellt. Das Bürgerbegehren soll daher vorbeugend auch die Erhaltung des Denkmals sowohl in der Bausubstanz als auch in seiner Funktionalität absichern.

„Natürlich“ ist schwer vorherzusagen, wie genau die VHS-Geschichte weitergehen wird, doch: Wenn Verwaltung und Ratsmehrheit in Mülheim bzgl. der VHS-Zukunft nicht schnell umdenken und umschwenken, wird Ihnen ein VHS-Dauerthema Probleme nicht nur bei den Kommunalwahlen 2020 bereiten.

Herzlichen Glückwunsch an die BI für den sehr deutlichen Zwischenerfolg und Ein ganz dickes Dankeschön an die zahlreichen Mülheimer Unterstützer/innen, ohne die der sehr schwierige Kampf um unsere Volkshochschule und für eine lebendige Demokratie vor Ort nicht möglich gewesen wäre und ist!

Einlegeblatt

M ü l h e i m e r
B ü r g e r -
I n i t i a t i v e n 

Fraktion in Rat und
Bezirksvertretungen
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr

Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1
45468 Mülheim / Ruhr

Telefon: 0208-3899810

Telefax: 0208-3899811

M B I

e-mail: fraktion@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Die Mülheimer Rathaussaga als Geldverschwendung in Serie

Wer verstehen will, warum die reiche Stadt Mülheim a.d. Ruhr mit stets niedriger Arbeitslosigkeit, robuster Wirtschaft und mit überdurchschnittlich hohen Gewerbesteuererinnahmen derart pleite ist, dass die Pro-Kopf-Verschuldung inzwischen NRW-weit unangefochten an der Spitze liegt, viel höher als z.B. in Duisburg und fast doppelt so hoch wie selbst in Gelsenkirchen, der schau sie u.a. die jüngere Geschichte des Mülheimer Rathauses an. Aktuell will der Kämmerer 1 Mio. jährlich sparen durch Rückkauf des Restrahauses. Doch



Auf dem Bild links sieht man den Rathausplatz, der für 900.000 €(!) neu gepflastert wurde, aber zu ca. 95% des Jahres leer und öde ist. Dabei war dort vor dem „strategischen Stadtentwicklungsprojekt“ Ruhrbania ein beliebter, gut frequentierter Wochenmarkt (Bild rechts) und auch sonst viel Leben, anders als heute. Mehr weiter unten.



WAZ 14.3.19: ***„Rückkauf des Rathauses ist noch in der Schwebe***

Seit 10 Jahren befindet sich das Rathaus im Besitz des Wohnungsbauunternehmens SWB.

Mülheim. Der Rückkauf des Rathauses soll der Stadt Mülheim jährlich Kosten von einer Million ersparen. Doch steuerlich ist der Fall (noch) nicht klar. Um zu sparen, will die Stadt Mülheim ihr Rathaus wieder zurückkaufen. Doch so einfach ist das nicht. Eine Ersparnis von einer Million Euro im Jahr rechnet sich der Kämmerer dadurch aus, indem die Stadt das Rathaus von ihrer Tochter SWB wieder erwirbt. Das Wohnungsunternehmen hatte im Zuge der großen Sanierung des Rathauses mit Kosten von 45 Millionen Euro das Gebäude zum symbolischen Preis von einem Euro übernommen. Das war vor zehn Jahren. Seitdem zahlt die Stadt gut drei Millionen Euro jährlich Miete an SWB. Die hoch verschuldete Stadt hätte die Sanierungskosten nicht tragen können.....“

Ganz so simpel wie die WAZ es hinstellen will, ist die Geschichte aber leider nicht, ganz unabhängig davon, dass das Problem der Grunderwerbssteuer bereits bei der Übertragung klar war, denn SWB ist ja keine Anstalt öffentlichen Rechts o.ä., sondern eine privatrechtliche GmbH und zudem nicht einmal 100% städtisch. In Wirklichkeit war die Restrahaussanierung eine typische Umwegfinanzierung wie bei allen PPP- bzw. PPP-ähnlichen schweren Fehlern der Stadt. Dadurch konnte nicht nur viel teurer saniert oder gebaut werden als notwendig, auch die Folgeprobleme sind unausweichlich, so sehr das auch verschwiegen oder kleingeredet wurde und wird. Zur Erinnerung aus Okt. 2013 folgende MBI-PR:

Über das Innenleben Mölmscher Verschwendungsorgien....

21.10.2013: **Das Mülheimer Restrahaus hat gerade mit dem Schwarzbuch der Verschwendung öffentlicher Gelder des Steuerzahlerbundes traurige Berühmtheit erlangt** und brachte es sogar auf die Titelseite und in den Hauptkommentar etwa der WAZ. Die Sanierungskosten des denkmalgeschützten historischen Rathausteils sind von 37 auf 49 Mio. € gestiegen, die Umwegfinanzierung über die Wohnungsbau-gesellschaft SWB als mehrheitliche Stadtochter (Übertragung und Rückmietung) ist intransparent per Schattenhaushalt, wobei die jährlichen „Miet“zahlungen wegen der Kostensteigerung von 3 auf 4 Mio. stiegen, 25 Jahre lang. So die NRZ mit Berufung auf den Bund der Steuerzahler. Nur: Das alles ist aber nur ein Teil der regelrechten Verschwendungsorgien und eigentlich nicht erlaubten Tricksereien im Zusammenhang mit der Mülheimer Rathaussanierung, die eigentlich nicht als Kavaliersdelikte angesehen werden können. **Verstehen kann man alles ohnehin nur im Zusammenhang mit dem Prestige-projekt Ruhrbania von Frau OB Mühlendorf.**

b.w.

Das Mülheimer Rathaus bestand aus dem denkmalgeschützten Altbau von 1913 und quer dazu dem Rathausneubau aus der Nachkriegszeit. Ende der 90er Jahre wurden insbesondere im Neubauteil noch sehr aufwendig u.a. Brandschutztüren auf die Gänge gebaut. Und dann kam mit der Wahl von Frau Mühlendorf (SPD) als OB in 2003 das Projekt „**Ruhrbania – Wohnen, Arbeiten und Erleben am Fluss**“. Zwischen Schloss- und Nordbrücke sollte die gesamte bestehende Infrastruktur, sofern nicht denkmalgeschützt wie Stadtbad und Rathausaltbau, beseitigt und durch Wohnbebauung mit Kneipen u.v.m. ersetzt werden. Im Weg waren der Stadtbadanbau (damals Ärztehaus), das Gartendenkmal Ostruhanlagen, der Rathausneubau, die Bücherei, das Gesundheitshaus, die AOK, das alte Arbeitsamt und die Hauptverkehrs- und Landesstr. Ruhrstraße. Wie man sieht, eine Mammutaufgabe, weil bis auf den Park des Gartendenkmals mit alleine 17 Naturdenkmälern für alles andere erst Ersatz gefunden werden musste.

Vorher funktionierende Gebäude wurden für Ruhrbania abgerissen und genau wie die Ruhrstraße und das Gartendenkmal zerstört. Entstanden war bis dahin nur ein neuer Stadtbadanbau für ebenfalls Wohnungen (sind aber auch nach 4 Jahren meist unverkäuflich wie Sauerbier) und daneben für ca. 6 Mio. € ein kleines Hafenbeckchen, erst großspurig Marina genannt, offizielle Bezeichnung aber Wasserwanderrastplatz.

2011 begann der Bau des gelblichen Klotzes von Kondor Wessels auf Baufeld 1, angebaut an das Restrathaus. Heute (2013) sieht das Luftbild so aus.

Man sieht dahinter das große Loch der ex-Bücherei, das mit ebenfalls mehrmaliger Verspätung schließlich nur vom MWB doch noch bebaut wurde. Hinter der Eisenbahnbrücke sieht man das voll funktionierende AOK-Gebäude, was die Stadt noch aufkaufen will, um es abzureißen genau wie das erst vor wenigen Jahren vollständig sanierte Gesundheitshaus sowie das ehemalige Arbeitsamt, was die Stadt für 1,7 Mio. Herrn Hoffmeister bereits abkaufte. Soweit zum Stand des „Strategie“-projekts nach 10 Jahren. Doch zurück zur Sanierung des Restrathauses.



Als Kondor Wessels 2007 zum „Partner“ der Stadt Mülheim für das geplante PPP-Projekt Ruhrbania wurde nach europaweiter Ausschreibung ohne Konkurrenzangebote, musste entgegen der Ausschreibung die Stadt über eine 100%ige GmbH&CoKG das gesamte finanzielle Risiko alleine tragen. Auch aus PPP wurde nichts wirklich und 2011 trat die Firma ganz aus der nutzlosen „Ruhrbania-Projektentwicklungsgesellschaft“ aus, kassierte aber vertragsgemäß noch ca. 1 zusätzliche Mio. für „Projektmanagement“, das nie wirklich stattgefunden hat. Von Vorfinanzierung durch den Privaten war 2007 keine Rede mehr. Im 1. Beschlussentwurf sollten die Holländer auch das historische Restrathaus mit übernehmen und an die Stadt zurück vermieten. Nachdem die MBI Alarm geschlagen hatten, ließ man die Finger davon, zum Glück. So erwarb Kondor Wessels Baufeld 1 per Vorkaufsrecht und ohne die vorgeschriebene EU-weite Ausschreibung. Das vom EU-Wettbewerbskommissar eröffnete umständliche Strafverfahren verendete aber schließlich im Sande, weil die Bundesregierung sich dagegen stellte. Anwaltskosten der Stadt über 100.000 €.

Unabhängig davon zerplatzten alle hochtrabenden Pläne für Baufeld 1 wie Seifenblasen: Erst das geplante 4-5-Sterne-Hotel mangels Investor und dann das große Ärztehaus mangels Ärzten.

„Rein zufällig“ entdeckte man 2008, das denkmalgeschützte Restrathaus müsse dringend saniert und aufgehübscht werden, auch um die Bebauung auf Baufeld 1 attraktiver werden zu lassen.

Um nicht nach damaligen Vorschriften just im Wahljahr 2009 wieder in den Nothaushalt zu kommen, wählte man auch zur Rathaussanierung eine Umwegfinanzierung, so dass die Sanierungskosten nicht im Haushalt erscheinen würden, zumindest nicht gleich und nicht als Investition, sondern später als „Miete“ auf 25 Jahre.

Nach Recht und Gesetz hätte der Rathausverkauf bzw. dessen Überschreibung ausgeschrieben werden müssen, da Geschäfte mit dem SWB ob der damaligen ca. 25%igen RWE-Beteiligung eindeutig keine inhouse-Geschäfte waren. Das interessierte aber in Mülheim außer den MBI anscheinend niemanden und angesichts der Kastration des EU-Wettbewerbskommissariats bei Baufeld 1 beschwerte sich auch sonst niemand mehr. Und so ging das weiter mit immer neuen Gutachterkosten u.a. für die RKW selbst zur Bestuhlung.

Im Bild sieht man die Rotunde im Innenhof zwischen Rathaus und Kondor Wessels-Wohnungen. Die Rotunde ist ebenfalls denkmalgeschützt. Sie wurde aber



ganz abgerissen und (als Denkmal!) neu gebaut. Sie wurde als „Schmuckstück“ angepriesen, ist aber völlig versteckt und für die Öffentlichkeit nahezu unzugänglich. **Die kleine Rotunde sollte erst 3,2 Mio. kosten, am Ende waren es ca. 6 Mio. und wofür? Schildbürgerstreich?!**